

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Verlag DIE WELT, Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1, Tel. 34 10 10, Fernsch. 02 11 140, Berlin 81, Kochstraße 49-54, Tel. 61 00 51, Essen, Sachsenstraße 36, Telefon 2 14 21, Fernschreiber 08 57 341, Verlagsleiter: Dr. Heinrich Schulte

Abonnement, durch Träger oder Post, monatlich DM 6,00 einschl. Zustellgebühr, Postabnehmer DM 6,06, Auslandsbezug DM 9,- einschl. Porto, Anzeigenpreisliste Nr. 24 vom 15.7.1961, Verantwortlich für Anzeigen: Karl Heinz Holz

Sonnabend, 1. Dezember 1962

C 7107 A

Ausgabe H*

Nr. 281 - Preis 50 Pf

Strauß verzichtet

„Nicht mehr in ein Kabinett Adenauer“

Die CSU billigt den Entschluß

Von unserem Korrespondenten

wfm. München, 30. November

Bundesverteidigungsminister Strauß will einem neuen Kabinett unter Konrad Adenauer nicht angehören. Diesen Entschluß hat Strauß am Freitag in München der Landesvorstandschaft der Christlich-Sozialen Union mitgeteilt. Der Beschluß wurde in einer vierstündigen lebhaften Sitzung einstimmig gebilligt.

Der Verteidigungsminister, der zugleich CSU-Vorsitzender ist, begründete seine Entscheidung in einer einstündigen Rede mit der starren Haltung der Freien Demokraten. Die Möglichkeit, daß Strauß im letzten Augenblick noch zum bayerischen Ministerpräsidenten nominiert werden könnte, ist in der Sitzung der 60 CSU-Vorstandsmitglieder nicht erörtert worden.

Die Erklärung der CSU-Landesvorstandschaft, die nach der Sitzung veröffentlicht wurde, hat den folgenden Wortlaut:

„I. Die bayerische Bevölkerung hat am letzten Sonntag ein klares Bekenntnis zur stabilen und erfolgreichen Politik der CSU abgegeben. Damit ist die Leistung der CSU in Bund und Land bestätigt worden. Dieser Wahlsieg und das Vertrauen der bayerischen Bevölkerung sind um so eindringlicher, weil die CSU und vor allem ihr Landesvorsitzender sich allein gegen eine Flut von Angriffen und Propaganda-Aktionen durchsetzen mußten. Dafür dankt die CSU der bayerischen Bevölkerung.“

(Fortsetzung Seite 2, Spalten 5 und 6.)

Bundesrat billigt das „Sozialpaket“

Von unserem Korrespondenten

-ves. Bonn, 30. November

Das „Sozialpaket“ — die Gesetzesentwürfe der Bundesregierung zur Reform der Krankheitsversicherung, der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und des Kindergeldsystems — hat der Bundesrat am Freitag in der ersten Beratung in den wesentlichen Punkten gebilligt. Die von der Bundesregierung vorgesehene Selbstbeteiligung der Versicherten an den Krankheitskosten sollte nach einem Vorschlag des Bundesausschusses für Arbeit und Sozialpolitik gestrichen werden. Die Mehrheit der Länder folgte diesem Vorschlag jedoch nicht.

Abgelehnt wurde auch der Änderungsantrag, die Pflichtgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung von gegenwärtig 660 DM im Monat auf 1000 D-Mark Monatsseinkommen zu erhöhen. Im Regierungsentwurf ist eine Erhöhung auf 750 DM vorgesehen.

Der Vorschlag, die Einkommensbegrenzung für den Anspruch auf Geld für zweite Kinder zu beseitigen, wurde ebenfalls von der Mehrheit der Länder nicht angenommen. (Hetzige Sozialdebatte im Bundesrat; Seite 2.)

Indien nähert sich in Genf dem Westen

Feste Zahl jährlicher Inspektionen in der Atomfrage angeregt

Von unserem Sonderkorrespondenten

v. F. Genf, 30. November

Indien hat am Freitag in der Diskussion über eine Einstellung der Atomversuche eine entscheidende Annäherung an das Lager des Westens vollzogen. Offenbar unter dem Eindruck der chinesischen Offensive regte der indische Delegierte Lal auf der Genfer Siebzehn-Mächte-Konferenz an, in der unstrittigen Frage der Kontrolle der unterirdischen Kernversuche — zumindest für das erste Jahr — eine feste Quote von Inspektionen zu vereinbaren.

Diese Inspektionen sollen bei verdächtigen Explosionen mit einer internationalen Überwachungskommission an Ort und Stelle vorgenommen werden. Verweigert das betreffende Land eine solche Inspektion, so gilt nach indischer Auffassung das Abkommen zur Einstellung der Kernversuche als gebrochen.

Der indische Vorschlag hat in Genf großes Aufsehen erregt, weil Indien bisher in dieser Frage eine Haltung angenommen hatte, die im Grunde der sowjetischen Auffassung sehr ähnlich war. Die Sowjetunion hat bisher eine Inspektion an Ort und Stelle durch internationale Inspektoren grundsätzlich abgelehnt. (Noch keine Reaktion; S. 4.)

Gleichzeitig dementierte Nehru Meldungen, nach denen die Kaschmir-Frage auf der Grundlage einer Teilung des jetzigen Unionsstaates Kaschmir in Jammu und Kaschmir gelöst werden könne. Alle diese Hinweise legen politische Beobachter dahingehend aus, daß Nehru nach wie vor in der Kaschmir-Frage zu keinem Kompromiß bereit ist, der für Pakistan annehmbar wäre.

Politische Beobachter erwarten langwierige Verhandlungen. Erst wenn die vorbereitenden Versprechungen auf Ministersebene erfolgreich verlaufen, werden sich Ministerpräsident Nehru und Präsident Ayub Khan treffen.

Das Übereinkommen, Verhandlungen aufzunehmen, ist das Verdienst des amerikanischen Unterstaatssekretärs Harriman und des britischen Commonwealth-Ministers Sandys, die in Indien und in Pakistan vermittelt hatten. Es gelang ihnen, Nehru davon zu überzeugen, daß eine Einigung im Interesse Indiens von großer Dringlichkeit sei. (Kaschmir; Seite 3; Zweifel; Seite 4.)

Jetzt Streit um Starke

Von unserem Korrespondenten

Schr. Bonn, 30. November

Obwohl mit der Verzichtserklärung von Verteidigungsminister Strauß ein Stein, der bisher der Regierungsneubildung unter Bundeskanzler Adenauer entgegenstand, aus dem Wege geräumt worden ist, sind die Koalitionsverhandlungen noch völlig Probleme.

Nunmehr ist die Schlacht um die Person des Bundesfinanzministers Starke (FDP) und die Finanz- und Sozialpolitik für 1963 entbrannt. Ein erstes Vorgehen über die Finanzpolitik Starkes wurde von den Verhandlungskommissionen der CDU/CSU und der FDP schon in der Nacht zum Freitag im Bundeskanzleramt geführt. (FDP will Starke halten; Seite 2.)

Kennedy und Mikojan übergangen Berlin-Frage

Kabelbericht unseres Korrespondenten

Bo. Washington, 30. November

Berlin wurde in dem über dreistündigen Gespräch Kennedys mit Mikojan nicht einmal erwähnt, weil der amerikanische Präsident auf Anraten des State Department das Thema nicht von sich aus ansprechen wollte und der Stellvertreter Chruschtschows es seinerseits auch nicht tat.

Da das Gespräch im Weißen Haus das rangmäßig höchste amerikanisch-sowjetische Treffen seit der Wiener Zusammenkunft Kennedy-Chruschtschow im Juni 1961 war — es wurde von dem Ernst der Berlin-Krise ganz überschattet — zeigt das völlige Übergangen dieses noch immer wichtigsten Krisenherdes in den Beziehungen zwischen Ost und West, wie sehr sich seit der Kuba-Krise die Lage verändert hat. Washington sieht in Berlin gegenwärtig keine explosive Gefahrenlage, die eine Erörterung auf dem „Fast-Gipfel“ des Gesprächs am Donnerstag nötig gemacht hätte. Da Mikojan von Berlin gleichfalls schwieg, scheint diese Einschätzung von den Sowjets geteilt zu werden.

Dagegen war Mikojan offenbar überrascht über die Beharrlichkeit, mit der Kennedy auf der vollen Erfüllung der russischen Zusagen in der Kuba-Krise bestand, bevor er die Tür für neue Verhandlungen über die anderen Gegensätze zwischen Ost und West geöffnet sehen will. Die Sowjets sind der Ansicht, sie hätten mit dem Abzug der Raketen und dem bis zum 20. Dezember in Aussicht gestellten Abtransport der Iljuschin-Bomber ihren Anteil zur Beendigung der Krise geleistet und sie seien nicht verantwortlich dafür, daß Castro die Inspektion auf seinem Gebiet verweigere. (Fortsetzung Seite 4, Spalten 3 bis 5.)



Gespräch im Weißen Haus

Drei Stunden und zwanzig Minuten dauerte die Unterredung, die Präsident Kennedy und der stellvertretende sowjetische Regierungschef Mikojan führten. (Telefoto: DIE WELT UPI)

Der Mangel an Personen

Von HANSZEHRER

Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist... Alle realen Erfolge im Leben wie in der Geschichte lassen sich nur erzielen durch reelles Umarbeiten und Umackern, nie durch Umlügen. Es sind fast auf den Tag hundert Jahre her, seitdem Ferdinand Lassalle seine berühmten Vorträge über das Verfassungswesen hielt, denen diese Sätze entnommen sind. Er stellte darin zum Schluß die Frage: was nun? Und er gab diese eine Antwort: aussprechen, was ist.

Sie fallen einem ein, wenn man heute, hundert Jahre danach, über die Krise in Bonn nachdenkt. Nicht allein angesichts der schabigen Schwundelien und Unwahrhaftigkeiten, bei denen sich einige der Regierenden ertappen lassen und für die man kaum die Geistesgeschichte zu bemühen brauchte. Sondern angesichts der eigentlichen Krise, in der wir spätestens seit den Wahlen vom 17. September vorigen Jahres stehen. Der 13. August hatte das Volk vor die harte Wirklichkeit der Berliner Mauer gestellt, die zugleich den latenten Zweifel an der bisherigen Führung akut werden ließ. Es reagierte darauf in den Wahlen. Das Ergebnis dieser Wahlen lautete: die Mehrheit der Wähler hielt das Ende der Ära Adenauer für gekommen. Aber diese Wahrheit wurde nicht umgearbeitet und umgeackert, sondern sie wurde in der Koalition vom 14. November 1961 umgelogen. Seitdem schleppen wir die Lüge mit uns herum.

Es ist diese Lüge, die unser politisches Leben beherrscht, die Kette der sich steigenden Krisen in Gang setzt und den Boden unserer politischen Führungsschicht unterhöhlt. Wer sich an ihr beteiligt, und sei es auch nur durch Schweigen, wird schwächer und verliert dauernd weiter an Kraft. Der Bundeskanzler, der das große Erbe seiner historischen Leistung verwirrschaftet. Die Parteien, die CDU, die ein Jahr lang nicht die Kraft gezeigt hat, die Führungsschicht von innen her zu lösen. Die FDP, die sich nicht vom Odium des Umfallems befreien kann. Auch die SPD, der man es eines Tages kaum honorieren wird, wenn sie die Dinge abwartend auf sich zukommen läßt. Und schließlich die Personen: Erhard, Brentano, Strauß und vielleicht auch bald Gerhard Schröder, der sich verleiten ließ, sich demonstrativer, als es der Partei lieb ist, abzusetzen. Das wird so weitergehen, solange es so weitergehen wird. Aber was ist zu ändern?

Es hat ja nur theoretischen Wert, vom Ende der Ära Adenauer und von der Notwendigkeit einer Ablösung oder wenigstens eines guten Übergangs zu reden. In der praktischen Politik zählen nicht Ideen und Theorien, sondern lediglich Männer und Personen. Hier kann man nur sagen: dies ist der Mann, und der soll es machen und die Nachfolge antreten. Und hier beginnt das eigentliche Dilemma in der Bundesrepublik: denn dieser Mann ist vorläufig nicht zu sehen. Da zeigt sich plötzlich die ganze Schwäche einer politischen Führungsschicht, die sich unter dem Mantel der Autorität Adenauers etabliert und stabilisiert und von der bisher niemand die Kraft und den Willen gezeigt hat, auf eigenen Füßen, entweder ohne den alten Herrn oder sogar gegen ihn, zu stehen und dem Volk und den Wählern zu sagen: ich will es machen!

Wir haben einige intelligente und taktisch sehr versierte Männer, die die jeweilige Situation glänzend analysieren und darüber hinaus sehr genau sagen können, wie die Lage beschaffen sein müßte, die den eigenen Einsatz ermöglichen und herausfordern würde. Aber sie warten darauf, daß dieser Augenblick auf sie zukommt, und solange das nicht der Fall ist, beteiligen sie sich, mehr oder weniger gedeckt, an der Lüge, ohne zu spüren, daß sie fortwährend an ihrer eigenen Kraft zehrt. Denn es wird einem im Leben und in der Politik nichts geschenkt und in der Schöpfung gelegt. Man erweist sich erst, wenn man ungedeckt und nur auf sich gestellt, also in gewissem Sinne „unrealistisch“, ins Ungewisse und Unbetretene zu gehen und die Frage an das Schicksal zu stellen wagt. Zumal dann, wenn man einen neuen geschichtlichen Anfang setzen

oder auch nur eine Person von hohem geschichtlichem Rang ablösen muß.

So kommt es, daß die Lösungen von morgen und übermorgen, und die heute — und bisher relativ erfolglos — gekämpft wird, bereits die Lösungen von gestern und vorgestern sind. Wenn die CDU nun im fünften Kabinett Adenauer den Zeitpunkt des Kanzlerücktritts und die Person des Nachfolgers festlegen will, so versucht sie damit etwas, das bereits spätestens vor einem Jahr fallig war und nun wahrscheinlich erst in einem Jahr er-

Sie lesen heute

FERDINAND FRIED

Die Unruhe der Bauern

Seite 11

H.-W. GRAF v. FINCKENSTEIN

Zwei Männer

und das Schicksal der Welt

Seite 3

HEINZ LIEMAN

Wie Remarque

über Deutschland denkt

Geistige Welt

FRITZ v. GLOBIG

Ist England

keine Demokratie mehr?

Geistige Welt

JOSEPH WECHSBERG

Verloren im Londoner Nebel

Geistige Welt

HERMANN BÖSSENECKER

Spielzeugfabrikanten

brauchen Phantasie

Seite 12

Das Dilemma

der kleineren Parteien

Forum

folgen soll. Und sie präsentiert in der Person Ludwig Erhards einen Mann als Nachfolger, der durch die lange Zeit des Wartens und der fortgesetzten Demütigungen viel vom Charisma der politischen Führung verloren hat. Sie versucht damit heute, einen Übergang zu schaffen für eine Regierung, die wieder nur ein Übergang sein soll oder sein kann, und sie scheint bisher selbst mit diesem sehr bescheidenen Ziel an ihrem eigenen Immobilismus und an der Person des Kanzlers gescheitert zu sein.

Man fragt sich dabei nur, wie lange eigentlich dieser Übergang dauern und wohin er schließlich führen soll. Es läßt sich doch mit Sicherheit voraussagen, daß auch die fünfte Regierung Adenauer unter einem Kanzler auf Zeit und mit einer Koalition zwischen CDU und FDP, selbst wenn sie eine Reihe neuer Personen vorzeigen sollte, in Kürze wieder in eine neue Krise hineingeraten wird, in der die alten Wunden um so schlimmer wieder aufbrechen werden.

Wir stehen heute vor einer Krise der politischen Führungsschicht, und sie wäre von tödlicher Gefahr, wenn sie sich nicht auf einem gesellschaftlichen Boden abspielen würde, der wirtschaftlich und sozial noch niemals in Deutschland so ausgewogen und stabil gewesen ist wie heute. Das ist der Unterschied zwischen Bonn und Weimar. Die Weimarer Republik besaß sicherlich eine aktivere politische Führungsschicht und ein stärkeres Staatsbewußtsein als die Bundesrepublik. Nicht zuletzt durch die traditionellen geschichtlichen Rudimente des alten Deutschen Reiches, die in ihr weiterlebten. Aber sie ist an der Labilität ihres gesellschaftlichen Bodens, an ihren wirtschaftlichen und sozialen Krisen zugrunde gegangen, die sie nicht mehr meistern konnte.

III.

Die Bundesrepublik besitzt eine Gesellschaft, die wirtschaftlich und sozial stabil ist. Nicht zuletzt dadurch, daß sich ihre führenden und aktiven Kräfte fast ausschließlich dem Aufbau dieser Gesellschaft zugewandt und sich der Politik verweigert haben. Aber sie besitzt noch kein Staatsbewußtsein und nur eine sehr schwache politische Führungsschicht, die sich bisher nicht aus der ersten Garnitur der gesellschaftlichen Kräfte rekrutierte. So entsteht das seltsame Bild einer Wohlstandsgesellschaft von beachtlicher wirtschaftlicher Stärke und ebenso beachtlicher sozialer Ausgeglichenheit, deren Schwerpunkt fast ausschließlich in der Mitte ruht ohne die radikalen Alternativen von (Fortsetzung Seite 2)